

# Delfer Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.  
Pränumerationspreis viertel-  
jährlich 60 Pf., durch die  
Post bezogen 75 Pf.



Inserate werden bis Donners-  
tag Mittag in der Expedition  
angenommen und kostet die  
gespaltene Zeile 10 Pf.

Redacteur: Hugo Ludwig.  
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 15.

Dels, den 13. April 1888.

26. Jahrg

## Am t l i c h e r T h e i l.

### A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 126.

Dels, den 11. April 1888.

Die Vorstellung der reklamirenden Militär-  
pflichtigen, Reservisten, Landwehrmänner  
und Ersatzreservisten pro 1888 betreffend.

Die Magistrate, Gutsvorsteher und Gemeinde-  
vorstände des Kreises werden hiermit benachrichtigt,  
daß die Reklamationen für die Militärpflichtigen, für  
Reservisten, Landwehrmänner und Ersatzreservisten nicht  
an jedem Musterungstage, sondern nur am 28. April  
und 4 Mai cr. zur Prüfung gelangen werden.

Es haben sich daher sämtliche Reklamanten mit  
ihren Angehörigen, auf deren Alter, Gebrechlichkeit und  
Erwerbsunfähigkeit sich die Reklamation stützt, welche  
sich nach der Kreisblatt-Verfügung vom 28. März cr.  
in Bernstadt zu stellen haben, am 28. April cr. da-  
selbst, Vormittags 9 Uhr, und diejenigen, welche sich  
in Dels vorzustellen haben, am 4. Mai cr., Vormittags  
10 Uhr, hieselbst einzufinden.

Die Magistrate und Gemeindevorstände veranlasse  
ich, diese Verfügung zur Kenntniß der Betheiligten  
zu bringen.

Nr. 127.

Dels, den 9. April 1888.

Die Fälle, in welchen bei dem Betriebe land-  
wirthschaftlicher Maschinen Menschen dadurch verun-  
glücken, daß die Vorschriften der Polizeiverordnung  
vom 29. August 1872 (Amtsbl. S. 253) keine oder  
nicht genügende Beachtung finden, insbesondere die  
Welle und die sonstigen der Verührung ausgesetzten  
Maschinentheile nicht oder nicht gehörig verkleidet  
werden, mehrten sich in Aufsehen erregender Weise.

Da in allen diesen Fällen diejenigen, welche der  
gedachten Polizeivorschrift zuwiderhandeln, der fahr-  
lässigen Körperverletzung resp. Tödtung sich schuldig  
machen, also eine schwere Freiheitsstrafe sich zuziehen  
können, so nehme ich Veranlassung, die Polizeiver-  
ordnung vom 29. August 1872 hierunter nochmals  
zum Abdruck zu bringen. Die Herren Guts- und  
Gemeindevorsteher wollen diese Verordnung wiederholt  
zur Kenntniß der Guts- resp. Gemeinde-Inassen bringen  
und dieselben auf die Folgen einer Nichtbefolgung der  
Verordnung aufmerksam machen.

Die Herren Amtsvorsteher und die Gendarmen  
des Kreises aber ersuche resp. veranlasse ich, wahr-  
genommene Uebertretungen unnachlässiglich zu bestrafen  
resp. zur Anzeige zu bringen.

### Polizei-Verordnung.

Zur Vorbeugung von Unglücksfällen bei dem Ge-  
brauch der durch thierische, Wind-, Wasser- oder Dampf-  
kraft getriebenen Dresch- und anderen landwirthschaft-  
lichen Maschinen wird unter Aufhebung der bezüglich  
im Stück 29 unseres Amtsblatts vom 21. Juli pr. sub  
Nr. 332 abgedruckten Verordnung vom 13. Juli 1871  
auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-  
Verwaltung vom 11. März 1850 für den ganzen Um-  
fang unseres Verwaltungsbezirkes hiermit verordnet:

- 1) Alle Betriebs- oder Transmissionswellen, so wie die  
von dem Gehäuse der Maschine nicht eingeschlosse-  
nen, sondern an der äußern Seite derselben ge-  
legenen Triebräder und beweglichen Theile sind, wenn  
dieselben sich in einer Lage befinden, in welcher  
Menschen oder deren Kleidungsstücke mit ihnen in  
Verührung kommen können, dergestalt mit Brettern  
oder Blech zu verkleiden, daß eine Verührung der  
in der Nähe der Maschine arbeitenden Menschen  
oder ihrer Kleidungsstücke mit den in Bewegung  
befindlichen Maschinentheilen unmöglich gemacht  
wird.
- 2) Ist bei einer Dreschmaschine das Einfütterungsloch  
für das Getreide mit tischartigen, erhöhten Bretter-  
flächen umgeben, auf welchen sich Menschen zum  
Herantragen der Garben zu bewegen haben, so ist  
das Einfütterungsloch nicht allein mit 3" hohen  
starken Fußleisten, welche das Abgleiten von Per-  
sonen mit den Füßen verhindern, sondern auf den  
beiden Längsseiten auch mit soliden Barrieren von  
mindestens 18" Höhe zu umgeben. Auf der Längs-  
seite, wo die mit dem Einfüttern der Garben be-  
traute Person ihren Platz hat, kann diese Anord-  
nung unterbleiben, insofern der Stand derselben  
sich in einem vertieften Bretterkasten befindet.
- 3) Bei Maschinen, welche durch thierische Kraft ge-  
trieben werden, sind die Thiere abzuspannen, wenn  
das Schmieren von Theilen des Triebwerks erfor-  
derlich wird.

- 4) Zum Gebrauche aufgestellte Maschinen dürfen niemals ohne Aufsicht gelassen werden. Bei Maschinen der bezeichneten Art dürfen nur Personen beschäftigt werden, welche das sechszehnte Lebensjahr überschritten haben. Auf den Dreischbühnen der Dreischmaschinen dürfen Frauen nur dann beschäftigt werden, wenn sie sich dazu verstehen, eine eng anliegende Bekleidung, ähnlich derjenigen der Mannspersonen, anzulegen.

Zu widerhandlungen gegen die hier erteilten Vorschriften werden mit einer Geldstrafe bis zu 10 Thlr., im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Haft geahndet.

Breslau, den 29. August 1872.

Königl. Regierung, Abth. des Innern. gez. Sac.

Nr. 128.

Dels, den 9. April 1888.

Ich bringe hierdurch zur Kenntniß der Ortsbehörden und Gewerbetreibenden der Städte Bernstadt und Juliusburg, daß die technische Revision der Maaße und Gewichte durch den Herrn Reichmeister Sander in Trebnitz in den Ortshäusern Bernstadt und Juliusburg vom 28. Mai cr. ab vorgenommen werden wird.

Die Gewerbetreibenden werden aufgefordert, ihre Maaße und Gewichte, soweit deren fortdauernde Richtigkeit zweifelhaft erscheint, zuvor zur sachamtlichen Prüfung zu bringen.

Behufs der Vornahme der Revision hat sich der technische Beamte in Begleitung des Polizeibeamten in die Geschäftslokale der Gewerbetreibenden zu begeben, und die vorgefundenen Maaße und Gewichte der Besichtigung und Prüfung zu unterziehen.

Erweist sich eine genauere Prüfung als erforderlich, welche mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse im Geschäftslokale nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit ausgeführt werden kann, so hat der Reichmeister die betreffenden Gegenstände einstweilen an sich zu nehmen.

Die Prüfung ist demnächst in einem von der Gemeindebehörde für diesen Zweck im Voraus zur Verfügung zu stellenden geeigneten Raume auszuführen. Hausirer und solche Gewerbetreibende, welche kein festes Geschäftslokal für den Betrieb ihres Gewerbes haben, können angehalten werden, ihre Maaße in diesem Raume zur Prüfung vorzulegen.

N. 129.

Berlin, den 23. März 1888.

Dem Provinzial-Ausschuß beehrt sich das Reichs-Versicherungsamt, in der Erwartung, daß das landwirthschaftliche Unfallversicherungsgesetz vom 5. Mai 1886 für das Gebiet des Königreichs Preußen, der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont und der Freien und Hansestadt Lübeck mit dem 1. April 1888 in Kraft treten wird, ganz ergebenst mitzutheilen, daß das Reichs-Versicherungsamt auf Grund des § 55 Abs. 4 a. a. O. und in Gemäßheit des in der Conferenz der Herrn Vertreter der Provinzial-Verbände vom 25. Februar 1888 erzielten Einverständnisses unter dem heutigen Tage für die „Unfallanzeige“ dasjenige Formular festgestellt hat, welches mittelst Bekannt-

machung des Reichs-Versicherungs-Amtes vom 11. September 1885 (Reichs-Anzeiger von 1885, Nr. 219, Amtliche Nachrichten des R. V. A. von 1885, Seite 222) für die nach dem Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 zu erstattende Unfallanzeige vorgeschrieben worden ist.

Eine hierauf bezügliche Bekanntmachung wird alsbald in dem Reichs-Anzeiger, in dem Centralblatt für das Deutsche Reich und in den Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes erfolgen.

Die in Rede stehenden, auf grell gelbem Papier gedruckten Formulare sind aus Anlaß der häufigen Nachfrage bei gewerblichen Unfällen in fast allen Buchhandlungen vorrätig.

Wenn, wie in der oben erwähnten Conferenz in Aussicht genommen war, die für die dortseitige Berufsgenossenschaft erforderlichen Formulare von dem Genossenschaftsvorstande beschafft und den Ortspolizeibehörden behufs Verwendung bei mündlichen Unfallanzeigen zur Verfügung gestellt würden und wenn zu diesem Behufe ein besonderer Abdruck derselben veranstaltet werden sollte, so würde der auf den § 51 des Unfallversicherungsgesetzes Bezug nehmende Schlußvermerk mit der Ueberschrift „Zur Beachtung“ als entbehrlich fortgelassen werden können.

Dasselbe Formular wird zweckmäßig auch zu den „Mittheilungen“ zu benutzen sein, welche nach den Statuten der sämtlichen in Preußen errichteten landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften der Betriebsunternehmer zugleich mit der Unfallanzeige an das betreffende Genossenschaftsorgan (Sektionsvorstand, Vertrauensmann) zu machen hat.

**Das Reichs-Versicherungs-Amt.**

gez. Bödifer.

An den Provinzial-Ausschuß zu Breslau.

Breslau, den 27. März 1888.

Abchrift hiervon übersende ich dem Kreis-Ausschuß zur Kenntnißnahme mit dem ergebenen Bemerken, daß es diesseits für zweckmäßiger erachtet wird, wenn die Ortspolizeibehörden die erforderlichen Formulare direkt aus den Buchhandlungen beziehen und die dafür entstehenden Ausgaben alljährlich mit den Verwaltungskosten der Sektion zur Erstattung liquidirt werden.

Den Ortspolizei-Behörden wolle der Kreis-Ausschuß hiervon gefälligst entsprechende Mittheilung machen.

**Der Landeshauptmann von Schlesien.**

von Klitzing.

Dels, den 7. April 1888.

Vorstehende Verfügungen bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nr. 130.

Berlin, den 15. März 1888.

In Gemäßheit des Art. 10 Abs. 2 der Ausführungsanweisung vom 15. September 1879 zur Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vom 7. September 1870 (G. S. S. 591) wird hierdurch bestimmt, daß es einer vorgängigen Mahnung des Schuldners nicht bedarf

1. bei der Vollstreckung der auf Grund des Gesetzes, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen

wegen Uebertretungen, vom 23. April 1883 (G.-S. S. 65) von den Polizeibehörden festgesetzten Geldstrafen (§ 4 Abf. 2 litt. c. des Gesetzes; §§ 14 bis 16 der zur Ausführung des Gesetzes erlassenen Anweisung vom 8. Juni 1883),

2. bei der Vollstreckung der von den Verwaltungsbehörden im Geltungsbereiche des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) gemäß § 132 Nr. 2 in Ausübung ihrer Zwangsbefugnisse festgesetzten Geldstrafen.

**Der Minister des Innern.** **Der Justiz-Minister.**  
(gez.) v. Buttkamer. (gez.) v. Friedberg.

**Der Finanz-Minister.**

J. B. (gez.) Meinecke.

M. d. J. II. 995. J. M. I. 643.

J. M. II. 2868. III. 4191. I. 3186.

Dels, den 8. April 1888.

Vorstehendes Rescript bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Nr. 131.

Dels, den 12. April 1888.

### Personal-Chronik.

- Bereidigt:** a. der Bauergutsbesitzer Karl Koffmanne aus Neudorf b. B., als Ortsexfutor für die Gemeinde Neudorf b. B.;  
b. der Bauergutsbesitzer August Riemer aus Cunzendorf, als Gemeindevorsteher für die Gemeinde Cunzendorf;  
c. der Bauergutsbesitzer August Hßmann aus Groß-Zöllnig, als Gemeindevorsteher für die Gemeinde Groß-Zöllnig.

**Der Königliche Landrath.**

**von Kardorff.**

## B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Dels, den 9. April 1888.

### Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter der Kellner Eugen Ottremba aus Guttentag, Kreis Lublinitz, am 20. Februar 1888 diessseits erlassene Steckbrief ist erledigt.

**Der Erste Staatsanwalt.**

J. B. Olbricht.

Berlin, W., 30. März 1888.

### Bekanntmachung.

Postpaketverkehr mit Victoria (Australien).

Mittels der Deutschen Reichs-Postdampfer können vom 1. April ab Postpakete nach der Britischen Kolonie Victoria (Australien) versandt werden.

Die Beförderung der Pakete erfolgt, je nach der Wahl des Absenders, über Bremen oder über Brindisi.

Auf dem Wege über Bremen sind Pakete bis zu 5 kg, auf demjenigen über Brindisi Pakete bis zu 3 kg Gewicht zuzulassen. Die Pakete müssen frankirt werden.

Ueber die Taxen und Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

**von Stephan.**

Berlin W., 5. April 1888.

### Bekanntmachung.

Paketverkehr mit Aden und Zanzibar.

Von jetzt ab können Paketsendungen ohne Werthangabe im Gewichte bis 22 kg nach Aden und Zanzibar auf dem Wege über Bremen unter Benutzung der Deutschen Reichs-Postdampfer auf der Strecke zwischen Bremen und Aden versandt werden.

Das vom Absender im Voraus zu entrichtende Porto beträgt ohne Rücksicht auf die Entfernung 1 Mark für jedes halbe Kilogramm.

Ueber die Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

**von Stephan.**



# Beilage zu Nr. 15 des Oelser Kreisblattes.

## † † Fürst Bismarck's Entlassungsgesuch.

Die Kölnische Zeitung brachte Mitte voriger Woche die Nachricht, der Reichskanzler stehe im Begriff, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Als Grund hierfür wurde in einer späteren Nummer desselben Blattes der Plan einer Vermählung der zweiten Tochter des Kaisers Friedrich, Prinzessin Victoria, mit dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien, Prinzen Alexander von Battenberg, angegeben. Fürst Bismarck — so wurde in der Kölnischen Zeitung weiter ausgeführt — sei der Ueberzeugung, daß sich aus der Verwirklichung jenes Planes für die Beziehung zwischen Rußland und Deutschland ernste politische Folgen ergeben würden, für welche er die Verantwortung nicht glaube übernehmen zu können.

Die freisinnige Presse, allen voran das von Eugen Richter geleitete edle Organ, die „Freisinnige Zeitung“, hat aus dieser Thatsache Veranlassung genommen, in einer geradezu empörenden Weise die Königstreue, die Vaterlandsliebe und den Muth des Fürsten Bismarck zu verdächtigen. Es wird ihm vorgeworfen, daß er, indem er aus einer angeblich rein inneren Angelegenheit der Kaiserlichen Familie eine politische Frage mache und Widerspruch erhebe, „die freie Entschliebung des Kaisers beeinträchtige,“ sich zu dessen „Vormund aufwerfe“ und dem „Kaiserhause Gewalt anthun wolle,“ daß Bismarck in einer das Ansehen Deutschlands schädigenden Weise auf den Kaiser von Rußland Rücksichten nehme und daß das geflügelte Wort des Kanzlers: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!“ im Widerspruch stehe mit der „Angst vor einem möglichen Mißtrauen des Kaisers von Rußland, wie sie stärker nicht hätte zum Ausdruck gebracht werden können.“

Vor solchen niedrigen Verdächtigungen sollte in Deutschland wenigstens der Mann sicher sein, der wahrlich hinreichende Proben seiner Königstreue, seiner Vaterlandsliebe und seines Muthes abgelegt hat. Tiefe Schamröthe muß jeder ehrliche Deutsche darüber empfinden, daß es eine Partei und eine Presse giebt, welche sich unterfängt, denjenigen Staatsmann, der siebenundzwanzig Jahre lang der Bannerträger Preußens und Deutschlands gewesen, der sich in schweren inneren Kämpfen als der festeste Schirm und Schild der Monarchie erwiesen, der Deutschlands Ansehen in Europa mächtig gehoben, es zu Ruhm und Ehre geführt und sich wahrhaft unermessliche und unsterbliche Verdienste erworben, den Mann, dem das Hohenzollernhaus und das deutsche Vaterland für alle Zeiten Dankbarkeit bewahren werden, zur Zielscheibe ihrer vergifteten Pfeile zu machen.

Wenn Fürst Bismarck sich zu dem schweren Schritt entschlossen, so hat er dies — das sollten selbst seine Gegner anerkennen — nur unter dem Gefühl der hohen Verantwortung gethan, die in seiner Stellung als Leiter der auswärtigen Politik auf ihm lastet und von der er am wenigsten von der freisinnigen Partei entbunden werden würde, wenn das Land unter den Folgen ernster Verwickelungen zu leiden haben würde. Gerade seine unwandelbare

Königstreue und Vaterlandsliebe legte ihm die Pflicht auf, den Muth seiner Ueberzeugung zu bekunden, welche doch — wie Jeder anerkennen muß — auf einer so klaren Erkenntniß der politischen Verhältnisse beruht, wie sie freisinnige Politiker jedenfalls nicht haben können. Wenn ihm jene offene und pflichtschuldige Erklärung von der freisinnigen Partei zum Vorwurf gemacht wird, so kennzeichnet sich dies nur als ein neues Symptom des leidenschaftlichen, fanatischen Hasses, mit welchem er von dem leitenden Führer der freisinnigen Partei und der freisinnigen Presse schon seit den Tagen verfolgt wird, wo er mannhaft und entschlossen gegen ihre Bestrebungen auftrat, welche die Rechte der Krone zu schmälern drohten und welche, wenn sie von Erfolg gewesen wären, wohl niemals zu der Gründung des deutschen Reichs geführt haben würden. Die Verdächtigungen aber, welche die freisinnige Partei sich gegen den Staatsmann herausnimmt, dessen Größe gerade auf den Eigenschaften beruht, die die Partei ihm jetzt abzusprechen versucht, werden — davon sind wir überzeugt — ebensowenig der Partei selbst zum Segen gereichen, wie sie nun und nimmermehr im Stande sein werden, die Bewunderung und Liebe zu erschüttern, welche jeder deutsche Patriot für den großen Kanzler jetzt und für alle Zeit empfindet.

## Im Auftrage der nationalliberalen Partei

ist seitens des Centralwahl-Comités derselben eine kurze Darstellung der Reichsgesetzgebung der abgelaufenen Session veröffentlicht worden. Dieselbe umfaßt in zwölf Abschnitten die gesammte legislative Thätigkeit des Reichstages in der am 24. November v. J. eröffneten und am 20. März geschlossenen parlamentarischen Arbeitszeit, welche mit Recht als eine der kürzesten und dabei doch ergebnisreichsten bezeichnet wird, die seit langen Jahren stattgefunden haben; nicht minder wird in zutreffender Weise hervorgehoben, daß die günstige Zusammensetzung des Reichstags sich auch diesmal in der raschen und sachlichen äußeren Behandlung der Geschäfte befandete.

Die Session war in ihrem ganzen Verlaufe von einem ungewöhnlichen Ernst erfüllt. Die Gefahren der Weltlage, auf welche in der Eröffnungsrede hingewiesen wurde und die in den zur Erhöhung der deutschen Wehrkraft bestimmten Vorlagen alsbald zum Ausdruck kamen, verliehen dem Anfang, der dem Kaiser Wilhelms dem Schluß der Arbeiten ein tiefstes Gepräge. Die erschütternden Vorgänge, welche sich auch im Reichstage an den Tod des hochbetagten und dennoch seinem Volke viel zu früh entrißenen unvergeßlichen Kaisers knüpften, sind noch in aller Gedächtniß. „Es war die wehmüthigste und schmerzlichste Sitzung, die der Reichstag je gehalten, als am 9. März der Reichskanzler dem Hause die Trauerbotschaft überbrachte und in tiefster Bewegung den Gefühlen Ausdruck gab, welche ihn und jedes deutsche Herz bei dem Scheiden des ersten deutschen Kaisers, des Wiederherstellers unseres nationalen Reiches erfüllten. Fürst Bismarck äußerte dabei, es sei dem verstorbenen Kaiser

ein Trost in manchen schweren Schickungen gewesen und habe den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet, daß Er auf die Entwicklung seiner Hauptlebensaufgabe, der nationalen Consolidirung seines Volkes, mit Befriedigung zurückblickte.“ Es wird dann der Botschaft Kaiser Friedrichs, der an denselben gerichteten Ergebnissadresse des Reichstags, sowie des weisevollen Abschlusses der Sitzungen durch die einstimmige Annahme des von allen größeren Parteien eingebrachten Antrages auf Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm gedacht.

Eine eingehendere Betrachtung wird sodann der militärischen Gesetzgebung zugewandt. „Die neuen militärischen Ansprüche zeugten von dem hohen Ernst der Zeit, es sprach aus ihnen die feste Entschlossenheit, allen Wendungen der gefährdenden Weltlage mit der äußersten Anspannung aller Kräfte, dem vollständigsten Aufgebot der gesammten wehrfähigen Mannschaft gegenüberzutreten und die hierfür nöthigen Einrichtungen rechtzeitig vorzubereiten.“ Die Darstellung des Verlaufs der Beratungen gedenkt sodann der Sitzung vom 6. Februar und der an jenem Tage gehaltenen großen Rede des Reichskanzlers. „Der Eindruck im Reichstag, im deutschen Volk und im Ausland war ein mächtiger. In der Geschichte des Reichstages müßte man lange zurückgreifen, um einen so erhebenden Tag einmüthiger Begeisterung zu finden, wie den 6. Februar.“ Die Bewilligung wird als „eine großartige Kundgebung eines entschlossenen, opferbereiten Patriotismus“ bezeichnet.

Bei der Darstellung der Verhandlungen über das Socialistengesetz wird hervorgehoben, daß im Reichstage die Ansicht überwog, „die in dem bestehenden Gesetz gewährten Vollmachten könnten zur Zeit noch nicht entbehrt werden,“ zum Schluß wird auf die von den nationalliberalen Rednern im Laufe der Verhandlungen wiederholt ausgesprochene Hoffnung hingewiesen, während der neuen zweijährigen Frist dauernde organische Bestimmungen zur Bekämpfung der socialdemokratischen Ausschreitungen vorbereiten zu können. „Man wird zu gegebener Zeit wohl erwarten dürfen, daß der Versuch gemacht wird, ein dauerndes Specialgesetz zu Stande zu bringen.“

Sinsichtlich der Verlängerung der Legislaturperioden wird hervorgehoben, daß das in Deutschland herrschende Uebermaß an Wahlarbeit den Wunsch nach einer Einschränkung längst in weiten Kreisen hervorgerufen hatte. „Wenn nicht unser ganzes öffentliches Leben mehr und

mehr in demagogische Wahlagitatio n ausarten, der ruhige sachliche Gang der Reichsgesetzgebung immer mehr gehemmt werden, und Parteileidenschaften das Volk fortwährend auf's tiefste aufwühlen sollten, müßten die allzu kurzen Wahlfristen verlängert werden, zumal in Deutschland, wo neben den Reichstagswahlen die Wahlen in die Abgeordneten Häuser einhergehen, von zahlreichen anderen Vertretungskörpern ganz zu geschweigen.“ Der Versuch, von clericaler und deutschfreisinniger Seite die Frage zu einer großen Prinzipien- und Freiheitsfrage aufzubauen, wird als zu Unrecht abgewiesen.

Die Darstellung geht dann in objektiver Weise auf die Zollgesetzgebung ein, bei welcher die nationalliberale Partei, wie stets in Zollfragen, gespalten war, auf die internationalen Verträge, die Colonialgesetzgebung, Elsaß-Lothringen, die Gewerbeordnung, die Verlagen über den Verkehr mit Wein, Vogelschutz u. s. w., die Justizgesetzgebung, den Etat, die Melitenbeiträge. Die Darstellung der Justizgesetzgebung verweilt eingehend bei dem Gesetzentwurf über den Ausschluß der Öffentlichkeit; der Versuch der Freisinnigen und Clerikalen, auch dieser Vorlage eine große politische Bedeutung beizumessen, wird gleichfalls entschieden abgewiesen.

Die nationalliberale Partei darf auf die Session, an deren Früchten sie einen hervorragenden Antheil hat, gewiß mit Befriedigung zurückblicken, und ebenso werden diejenigen Parteien, die hierbei Hand in Hand mit ihr gegangen sind, Genugthuung über diese gemeinsame Thätigkeit mit dem Wunsche empfinden, daß das mit so sichtbaren Erfolgen gesegnete freundschaftliche Verhältniß zwischen den drei Parteien auch in Zukunft sich bewähren und befestigen möge.

---

Die gelese nte Gartenzeitschrift — Auflage 36800! — ist der praktische Rathgeber im Obst- und Gartenbau — erscheint jeden Sonntag reich illustriert. Abonnement vierteljährlich 1 M. Probenummern gratis und franko durch die königliche Hofbuchdruckerei **Trowitzsch und Sohn** in Frankfurt a. O.

Aus dem Inhalt der neuesten Nummer: Die Goldorange (illustriert). — Nationale Korbweidencultur. — Eine neue Art Blumenkohl zu pflanzen und zu düngen (illustriert). — Ueber Saat- und Pflanzweite der Gemüsepflanzen. — Ueber das Befestigen der Flaschenkorke mittelst Draht (illustriert). — Ihr lieben Gartenbesitzer, legt Euch ein Rosenbeet an! — Wie kann man Sperlinge von Saat- und Erbsenbeeten fernhalten? (illustriert). — Gartenrundschau. — Kleinere Mittheilungen (illustriert). — Briefkasten (illustriert). — Nachlese (illustriert). — Frage an die Mitarbeiter und Leser.

## Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntage Misericordias Domini  
predigen in der Schloßkirche:

- \*) Frühpredigt 6 Uhr: Herr Propst Thielmann.
- \*) Amtspredigt 9 Uhr: Herr Diaconus Biehler.
- \*) Nachmittagspredigt 1½ Uhr: Herr Superintendent Heberschär.
- Beichte früh ½9 Uhr: Herr Superintendent Heberschär.

### Wochenpredigt:

Donnerstag, den 19. April, früh 8½ Uhr:  
Herr Superintendent Heberschär.

Amtswoche: Herr Superintendent Heberschär.

\*) Collette für die Breslauer Stadtmission.

## Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Bäcker-  
gehilfen **August Standtke**, geboren am  
14. November 1866 zu Raake, Kreis Dels,  
katholisch, welcher sich verborgen hält,  
ist die Untersuchungshaft wegen schweren  
Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften  
und in die hiesige Königliche Gefangenen-  
Anstalt abzuliefern. II. Z. 405/88.

Breslau, den 26. März 1888.

### Der Erste Staatsanwalt.

#### Beschreibung:

Alter: 21 Jahre; Statur: schwach;  
Stirn: niedrig; Augenbrauen: niedrig;  
Nase: gewöhnlich; Zähne: unvollständig  
(Zahnücken); Gesicht: länglich; Größe;  
klein; Haare: dunkelblond; Bart: Anflug  
von Schnurrbart; Mund: gewöhnlich;  
Kinn: spitz; Gesichtsfarbe: blaß; Sprache:  
deutsch (spricht sehr schnell).

Besondere Kennzeichen: O-Beine.



## Firstziegel,

(Dachreiter), alte, brauchbare, à Stück  
6 Pfennige.

**M. Gimmer**, Schieferdeckermeister,  
Breslau, Neue Sandstraße 17.

## Thonröhren,

glasirt, von 5 bis 60 cm Lichtweite,  
**Essenköpfe, Krippen und Tröge**  
empfehlen

**Schirmer, Pilz & Co.,**  
Thonwaarenfabrik, Bitterfeld.

## Bekanntmachung.

In der zum Thronlehns-Forstrevier  
Klein-Elguth gehörigen sogenannten  
„Mandchenstelle“ ist eine

## Waldarbeiter-Wohnung

nebst zugehörigem Acker von 3 Morgen  
sofort zu vermieten. Nähere Auskunft  
ertheilt Revierförster **Zimmermann**  
zu Klein-Elguth und die Thronlehns-  
Verwaltung zu Bernstadt.

# Schleunige Hülfe thut noth!

Ueber unsere 13000 Einwohner zählende Stadt ist ein großes elementares  
Unglück hereingebrochen. Die Hochfluthen der Rüdow mit ihren Nebenflüssen  
haben erbarmungslos den größten Theil der Stadt — 14 Straßen und Plätze  
mit mehr denn 300 Häusern — stellenweise bis 1,85 m unter Wasser gesetzt  
und Vernichtung und Elend verbreitet. Gegen 20 Gebäude sind eingestürzt  
und der Zusammenbruch einer größeren Zahl steht zu erwarten.

Ungefähr 1900 Bewohner haben — zum Theil unter Zurücklassung ihrer  
Habe — ihre Wohnungen verlassen müssen und sind obdachlos. Die Brom-  
berger Vorstadt ist durch Bruch des Chauffeedammes und Beschädigung der  
Brücke von den Hauptstadttheilen abgeschnitten. Die Umgegend der Stadt  
gleich einem Meer. Einige 20 von auswärts requirirte Kähne vermitteln  
mühsam den Verkehr auf den überschwemmten Straßen.

Der Communalverband und die Bürger der Stadt sind zur Milderung  
des Elends bereits in Thätigkeit getreten. Diese Hülfe ist jedoch bei weitem  
nicht ausreichend. Wir wenden uns daher an die allgemeine Wohltätigkeit  
mit der dringenden Bitte, zur Unterstützung der Verunglückten ein Scherlein  
beizutragen. Gaben nimmt der Magistrat hier selbst entgegen.

An die Redaktionen der Zeitungen richten wir die Bitte ergebenst, diesen  
Aufruf durch Aufnahme in ihre Blätter verbreiten zu helfen.

**Schneidemühl** an der Ostbahn, Provinz Posen, den 31. März 1888.

**von Tiedemann**, Regierungs-Präsident zu Bromberg.

**Wolff**, Erster Bürgermeister. **R. Arndt**, Kaufmann. **Bartsch**, Postdirektor.  
**Brann**, Rabbiner. **Eichstädt**, Buchdruckereibesitzer. **Frege**, Erster Staatsanwalt.  
**Grützmaker**, Superintendent a. D. und ev. Pfarrer. **Hoffmann**, Major und  
Bezirks-Commandeur. **Dr. Kunze**, Königl. Gymnasial-Direktor. **Kuhncke**,  
Apotheker. **M. Meyer**, Regierungs-Assessor, Landrathsamts-Verweiser, Kolmar i. P.  
**Roux**, Rentier. **Albert Samuelsohn**, Kaufmann. **Schellbach**, Landgerichts-  
Präsident. **Stock**, Propst. **Vierogge**, Regierungs- und Baurath.

**Wieck**, Kaiserlicher Bank-Agent.

## Die Berliner Hagel-Assicuranz-Gesellschaft von 1832

Die versichert Feldfrüchte gegen Hagelschaden zu festen Prämien, also ohne die  
Versicherten zu irgend welchen Nachzahlungen zu verpflichten, falls die  
Prämien-Einnahme zur Deckung der Schäden und Kosten des betreffenden Jahres  
nicht ausreichen sollte. In solchem Falle deckt die Gesellschaft den Verlust aus  
ihren Reservefonds oder aus ihrem Grundkapital von 3 000 000 M.

Die Prämien sind **billig**, und überdies treten bei Verpflichtung zu mehr-  
jähriger Versicherungsnahme, sowie bei Erneuerung vorjähriger Versicherungen  
noch **Ermäßigungen** derselben ein.

Entschädigungen werden binnen kürzester, längstens Monatsfrist nach Fest-  
stellung voll ausgezahlt.

Zur Vermittelung von Versicherungen empfehlen sich **Richard Schwenk**  
in Dels, **Adolf Preuss** in Bernstadt, **Ernst Ortman** in Juliusburg und  
die General-Agentur **Kletke & Dreist** in Breslau.

## Die Vertheilung des Rübensamens

an unsere Herren Rübenlieferanten in Dels und Umgegend  
erfolgt durch

**Herrn Kaufmann Georg Haisler in Dels.**

**Zuckerfabrik Bernstadt.**

**Bleichwaaren und Garne, Spinn- und Webe-Sachen,**

**Flachs auch in Waaren-Umtausch,**

übernehmen wieder für die seit 32 Jahren als renommirt bekannte **Rasenbleiche**  
des **Friedr. Emrich** in Hirschberg. Gefl. Aufträge erbittend:

**Moritz Grün** in Dels.

**Gustav Meidner** in Bernstadt.

